



Niederschrift

über die 29. Sitzung
des Planungs- und Umweltausschusses der Stadt Lippstadt
am 06.09.2007

Sitzungsraum:	Rathaussaal, Lange Straße 14
Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	19.45 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzende(r)

1 Jan Walter Hammer CDU-Fraktion

CDU-Fraktion

2 Hannelore Bartmann-Salmen CDU-Fraktion
3 Werner Bresser CDU-Fraktion
4 Alexander Busemann CDU-Fraktion
5 Klaus Laufkötter CDU-Fraktion
6 Antonius Michel-Kemper CDU-Fraktion
7 Hans Günther Ostkamp CDU-Fraktion
8 Siegfried Pfenninger CDU-Fraktion
9 Volker Schubert CDU-Fraktion

SPD-Fraktion

10 Günter Fahle SPD-Fraktion
11 Heinz Gerling SPD-Fraktion
12 Manuel Rodriguez Cameselle SPD-Fraktion
13 Wolfgang Schulte Steinberg SPD-Fraktion
14 Martin Schulz SPD-Fraktion
15 Udo Strathaus SPD-Fraktion

FDP-Fraktion

16 Edgar Beumer FDP-Fraktion
17 Heinrich Gockel FDP-Fraktion

BG-Fraktion

18 Axel Ihlein BG-Fraktion

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

19 Ursula Jasperneite-Bröckelmann Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Parteilos

20 Radoslav Djukic Parteilos

Entschuldigt fehlten:

Wilhelm Börskens CDU-Fraktion
Friedrich Wilhelm Hülsemann CDU-Fraktion
Wolfgang Janssen BG-Fraktion
Jakob Kuhnert FDP-Fraktion
Mathias Marx SPD-Fraktion

Ferner nahmen teil:

Wilhelm Coprian Wirtschaftsförderung Lippstadt
Dr. Ludger Hellenthal Grundbesitz Verwaltung Südertor GBV
H. Bernd Passgang Architekt

Seitens der Verwaltung:

Fritz Burghardt	Fachbereich Planen und Umwelt
Heinrich Horstmann	Fachbereich Bauen
Eric Wollesen	Fachdienst Planung
Nicole Becker	Fachbereich Planen und Umwelt
Ulrich Risse	Schriftführer

In öffentlicher Sitzung

Herr Hammer eröffnete die Ausschusssitzung und stellte fest, dass form- und fristgerecht eingeladen worden ist. Er begrüßte neben den Ausschussmitgliedern die Zuhörer/innen und die Vertreter der Presse.

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

2. Fragestunde für Einwohner

Herr Deimel fragte nach, ob die Erkenntnisse aus dem letzten Hochwasser mit in die zukünftigen Bauplanungen einfließen werden.

Herr Burghardt erläuterte, dass die Erfahrungen bei Neuausweisungen von Bauland und bei Neuplanungen entsprechend berücksichtigt würden. Zuständige Stellen wie z. B. das Dezernat 54 „Wasserwirtschaft, Gewässerschutz“ der Bezirksregierung Arnsberg würden am Verfahren beteiligt.

3. Bebauungsplan der Stadt Lippstadt Nr. 254 Bad Waldliesborn, Walkenhausweg
hier: a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
b) Zustimmung zum Planentwurf und Erweiterung des Planbereiches
c) Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung

Vorlage Nr. 197/2007

Die Vorlage wurde bekannt gegeben.

Herr Wollesen erläuterte ausführlich das Ergebnis der Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Behörden.

Herr Bresser entschuldigte Herrn Ortsvorsteher Mönning und erklärte, dass dieser den vorliegenden Planentwürfen zustimme.

Frau Jasperneite-Bröckelmann erkundigte sich nach dem Erhalt des Baumbestandes und fragte nach, ob eine Ersatzbepflanzung sichergestellt sei.

Herr Wollesen erläuterte, dass die nördliche Baugrenze im Bereich der großkronigen Bäume um 5,0 m nach Süden verschoben wurde und notwendige Schutzmaßnahmen als textliche Festsetzung in den Bebauungsplan übernommen werden. Eine Ersatzbepflanzung sei nicht notwendig, da der Planbereich bislang nach § 34 BauGB beurteilt werden konnte.

Herr Schulz erklärte, dass es sich bei den geänderten Planenwürfen um einen tragbaren Kompromiss handle und stimmte den Planungen zu.

Herr Gockel erkundigte sich nach der Verkehrs- und Straßengestaltung.

Herr Wollesen erwiderte, dass es weitgehend bei der vorhandenen Verkehrsführung bleibe und eine Verbreiterung des Walkenhausweges derzeit aus finanziellen Gründen nicht vorgesehen sei.

Sodann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

- a) Die Stellungnahmen während der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (Anlage 1) wurden zur Kenntnis genommen.
- b) Dem überarbeiteten Planentwurf (Anlage 3) wird zugestimmt. Der Planbereich wird nach Süden um die Parzelle 6 erweitert.
- c) Zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 254 mit der Begründung vom 06.09.2007 (Anlage 4) ist die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB durchzuführen.

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt, eine Enthaltung)

4. **1. Änderung und Ergänzung der "Erweiterten Abrundungssatzung Nr. 003 für den Stadtteil Overhagen" gem. § 34 Abs. 4 BauGB**
hier: a) **Aufstellungsbeschluss**
b) **Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit**
c) **Beschluss zur Beteiligung der Behörden**

Vorlage Nr. 236/2007

Die Vorlage wurde bekannt gegeben.

Herr Wollesen erläuterte die Planungsinhalte.

Er schlug vor, auf Grund des geringen Umfangs der Bebauung in diesem Verfahren auf ein Bürgergespräch zu verzichten und die Beteiligung der Öffentlichkeit durch eine einfache öffentliche Auslegung durchzuführen.

Herr Schulz entschuldigte Herrn Ortsvorsteher Kayser und erklärte, dass dieser den vorgesehenen Planungen zustimme.

Frau Bartmann-Salmen erkundigte sich, ob im Zuge der Planung auch geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen am neuen Ortseingang vorgesehen seien.

Herr Wollesen erwiderte, dass derzeit untersucht werde, die baulichen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung zu verlegen und durch die Detailgestaltung des Straßenraumes die gewünschte Geschwindigkeitsdämpfung für den Kraftfahrzeugverkehr zu erreichen.

Sodann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

- a) Die „Erweiterte Abrundungssatzung Nr. 003 für den Stadtteil Overhagen“ soll geändert und ergänzt werden.
Die 1. Änderung soll am westlichen Ortsausgang Overhagens südlich der Nepomukstraße folgende Grundstücke umfassen: Gemarkung Overhagen, Flur 6, Flurstücke 122, 171, 173.
- b) Für die 1. Änderung der „Erweiterten Abrundungssatzung Nr. 003“ ist die Beteiligung der Behörden gem. § 4 BauGB durchzuführen.
- c) Die Öffentlichkeit ist möglichst frühzeitig gem. § 3 Abs. 1 BauGB zur 1. Änderung der „Erweiterten Abrundungssatzung Nr. 003“ öffentlich zu unterrichten.

(Einstimmig zugestimmt)

5. **Verschiedenes**

Hochwasser

Herr Gockel wies darauf hin, dass das Thema Hochwasserschutz ausführlich in der letzten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses diskutiert wurde.

Herr Burghardt wies ebenfalls drauf hin, dass die Grenze für Überschwemmungsgebiete auch bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes berücksichtigt werde.

Ende der öffentlichen Sitzung 18.30 Uhr

gez. Hammer
Vorsitzender

gez. Risse
Schriftführer